

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2425/127

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

15. Mai 2025

Änderungsantrag zur Vorlage 2425/110

der Listen Juso-Hochschulgruppe, UKE-Liste: für ein faires PJ

Für den gemeinsamen Kampf aller Mitgliedergruppen um die Ausfinanzierung der Hochschulen als zivile öffentliche Einrichtung

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament:

- fordert das Präsidium der Universität auf, den in der 818. Sitzung des Akademischen Senats vorgestellten Bericht zur finanziellen Lage der Universität transparent öffentlich zu machen und an die Kernpunkte des Berichts an die Studierenden direkt weiterzuleiten
- fordert das Präsidium auf, eine Gegenüberstellung von Finanzierung (aufgeschlüsselt nach Quellen) und tatsächlichem finanziellem Bedarf für die Jahre ab 2020 vorzulegen, um darzustellen, wie groß das finanzielle Defizit der Universität ist
- fordert das Präsidium auf, darzustellen, in welchen Bereichen sich die Kosten wie entwickelt haben und dies detailliert aufzuschlüsseln
- ruft alle Mitglieder der Universität auf, sich gruppenübergreifend zu koordinieren, um die Notwendigkeit einer erheblich besseren finanzielle Ausstattung der Hochschulen mit staatlichen Grundmitteln öffentlich zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zu machen,
- strebt für den Kampf um eine bessere Finanzierung die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und relevanten zivilgesellschaftlichen Akteuren die unter Anderem in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit aktiv sind an

Begründung

Der neu vorgestellte rot-grüne Koalitionsvertrag für Hamburg fordert, dass Hamburg eine exzellente Wissenschaftsmetropole bleibt. Exzellente Forschung braucht aber exzellente Finanzierung. Diese ist aktuell nicht gegeben. Für das Haushaltsjahr 2025 sah sich der Kanzler der Universität Hamburg kürzlich gezwungen, die Fakultäten und die zentrale Verwaltung zu einer faktischen Kappung des ursprünglich zugewiesenen und bereits zu geringen Budgets um knapp fünf Prozent aufzufordern. Die gesteigerte Notlage ergibt sich aus:

1. Inflationsbedingten Kostensteigerungen, die nicht durch entsprechende Sondermittel ausgeglichen werden
2. Modernisierungsmaßnahmen die zwar notwendig, aber unzureichend finanziell gedeckt sind

3. Die Universität auf Drängen der Behörde und im Vertrauen auf Zusagen des Senats künftiger Etat-Erhöhungen ehemals gebildete Rücklagen faktisch aufgebraucht hat

Die Hochschulen als öffentliche Bildungseinrichtungen können damit ihren Aufgaben in Forschung, Lehre und Bildung nicht mehr angemessen nachkommen. So fallen etwa zunehmend Studiengänge weg oder bei bestehenden Studiengängen werden nicht mehr die volle Zahl Studierender zugelassen, weil das Personal fehlt.

Eine transparente und übersichtliche Offenlegung der Finanzen der Universität Hamburg dient nicht nur der Informiertheit aller Mitglieder der Universität. Mit den konkreten Zahlen über das Defizit kann auch mediale Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt werden und so der Handlungsdruck auf politisch Verantwortliche erhöht werden. Zudem kann Transparenz zu einem gesteigerten Problembewusstsein auch außerhalb des Hochschulkontextes innerhalb breiterer Bevölkerungsschichten beitragen.